

Internationale Rundschau

Bericht von einer Italienreise der Sozialakademie Dortmund

Die Sozialakademie Dortmund veranstaltete im April 1977 eine Studienreise zu den italienischen Gewerkschaften.

Die Gruppe hielt sich in Mailand, Bologna und Rom auf. Die folgenden Protokollauszüge enthalten großenteils Zitate aus Gesprächen mit italienischen Gewerkschaftskollegen*. Sie vermitteln einen ersten Eindruck von der Qualität und Fülle der erhaltenen Informationen, von Selbstbewußtsein und Selbstkritik der italienischen Kollegen, von ihrer Offenheit und Herzlichkeit gegenüber den deutschen Gesprächspartnern.

1. Mailand

Diskussion mit den Kollegen A. Filios und A. Breschi, Vorstandsmitglieder des CGIL-Regionalverbandes Lombardei, über die Organisationsstruktur der CGIL

Die CGIL, größter italienischer Gewerkschaftsbund, ist seit drei Jahren Mitglied im Europäischen Gewerkschaftsbund. Im Weltgewerkschaftsbund hat sie einen Beobachterstatus ohne Stimmrecht. Als zentraler Dachverband vereint sie 35 Branchengewerkschaften mit insgesamt 4,3 Millionen Mitgliedern. Allerdings versteht sie sich nicht primär als Zusammenschluß der Gewerkschaften, sondern der Arbeitnehmer. D. h., die CGIL-Mitglieder sind zunächst Mitglieder des Dachverbandes und erst in zweiter Linie Mitglieder einer Einzelgewerkschaft.

In der Lombardei sind 80 Prozent aller Arbeitnehmer in einem der drei Gewerkschaftsbünde (CGIL - CISL - UIL) organisiert. Sie stellen damit $\frac{1}{5}$ aller italienischen

Gewerkschaftsmitglieder. Der Gewerkschaftsbeitrag beträgt 1 Prozent ihres Bruttolohnes. Basisorganisationen der Gewerkschaften sind die direkt gewählten *Fabrikräte*. Zu den Wahlen werden keine gewerkschaftlichen Listen erstellt. Gewählt wird auf weißen Zetteln. Die Gewählten sind jederzeit abwählbar. Die italienischen Gewerkschaften erkennen also den Fabrikrat als betriebliche Gewerkschaftsvertretung an, obwohl die Mitglieder dieses Rates nicht unbedingt organisiert sein müssen. Der zu 100 Prozent organisierte Fabrikrat sei nicht immer der beste, so die italienischen Kollegen, vielmehr bestehe eine fruchtbare Konfrontation zwischen Gewerkschaft und nichtorganisierten Fabrikratsmitgliedern.

Die Fabrikräte sind nur für den Betrieb zuständig. Die gewerkschaftlichen Belange des Stadtteils werden von gewählten *Zonenräten* wahrgenommen. Ihre Aufgabe ist es, die Aktionen der Fabrikräte zu koordinieren. Die Zonenräte stellen ein Organ dar, das die betrieblichen Kämpfe mit den Kämpfen auf kommunaler Ebene und im sozialen Bereich verbindet. Die Zahl der Zonenräte ist in Italien allerdings noch sehr gering.

Die italienischen Gewerkschaften zahlen an ihre Mitglieder keine *Streikgelder*. Der Streik wird als ein Kampfinstrument der Arbeiterklasse angesehen, der ein entwickeltes Klassenbewußtsein und Bereitschaft zu finanziellen Opfern voraussetzt. Außerdem soll ein Streik von den Arbeitern und nicht von den Kassenwartenden der Gewerkschaften entschieden werden.

Diskussion mit Fabrikräten von Alfa Romeo, Ferrotubi, Cantoni, Carlo Erba, SitlSiemens, Innocenti/Leyland

Einige Fabrikräte geben folgenden Bericht über die Kämpfe der Arbeiter in den 60er und 70er Jahren: Zur Sicherung und Erweiterung ihrer Grundrechte führten die italienischen Kollegen in den 60er Jahren

* Der volle Wortlaut des Protokolls ist zu erhalten über Prof. Dr. Peter Kühne, Sozialakademie Dortmund, Hohe Straße 141, 4600 Dortmund 1.

harte Kämpfe, bei denen auch Tote zu beklagen waren. Ziel der Kämpfe war die Veränderung der kapitalistischen Arbeitsorganisation: Reduzierung der Arbeitszeit, der Arbeitshetze und der durch den Arbeitsprozeß bedingten gesundheitlichen Schädigungen. Diese Kämpfe brachten neue Organisationsformen der Arbeiter hervor. Organisatorische Basis waren Arbeitsgruppen, die im Betrieb unter den gleichen Problemen und Bedingungen arbeiten (homogene Gruppen). Es entstanden Kampfkomitees, die noch heute als Fabrikräte die Grundlage der gewerkschaftlichen Arbeit sind. Auf Gruppen-, Fabrik- und nationaler Ebene wurden Plattformen mit den Forderungen der Arbeiter erstellt. Die Kämpfe der 60er Jahre haben die Arbeiterklasse zur Einheit geführt.

Von Beginn der 70er Jahre bis heute verlagerten sich die Forderungen der italienischen Gewerkschaften auf Investitionskontrolle und auf die Erhaltung von Arbeitsplätzen. Außerdem auf gesellschaftliche Grundfragen überhaupt, z. B. auf das Nord-Süd-Gefälle und die Emigration süditalienischer Arbeiter ins Ausland. Heute geht es den Gewerkschaften um die Veränderung der Gesellschaft in Richtung auf eine sozialistische Neuordnung. Um dieses Ziel zu erreichen, ist einmal eine Zusammenarbeit mit den politischen Linksparteien erforderlich, zum anderen eine stärkere Zusammenarbeit der Gewerkschaften auf europäischer Ebene.

Die Gewerkschaften wollen die Arbeitsteilung zwischen Gewerkschaften und Parteien jedoch nicht beseitigen und auch nicht die Führung des Staates übernehmen. Sie wollen vielmehr als autonome Kraft Druck auf die jeweiligen Regierungen und Parteien ausüben. Die gegenwärtige Praxis sieht so aus, daß die drei Gewerkschaftsbünde ihre Forderungen autonom entwickeln und darüber mit den Parteien verhandeln. Gewerkschafts- und Parteiämter sind unvereinbar.

Besuch der Textilfabrik Bassetti in Rescaldina (bei Mailand) — Diskussion mit Fabrikräten

Bei Bassetti sind 99 Prozent der 530 Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert. Im

26 Mitglieder starken Fabrikrat sind alle drei Gewerkschaftsbünde (CGIL, CISL, UIL) vertreten. 7 Fabrikräte haben täglich 2 bezahlte Stunden für ihre Arbeit im Fabrikrat zur Verfügung. Nach italienischen gesetzlichen Regelungen haben alle Beschäftigten einen jährlichen Anspruch auf 10 bezahlte Stunden für Betriebsversammlungen (Statut der Rechte der Arbeitnehmer, Art. 20 Abs. 1). Bei Bassetti erreichte der Fabrikrat, daß die Zeit auf jährlich 12 bezahlte Stunden ausgedehnt wurde. Monatlich findet eine Versammlung statt, bei der immer wieder auch Partei- und Kommunalvertreter anwesend sind und auf Forderungen der Arbeiter hingewiesen werden.

2. Bologna

Diskussion mit Bologneser Gewerkschaftsfunktionären über außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit in Bologna

In Bologna haben Gewerkschaften und Stadtverwaltung einen Vertrag abgeschlossen, der die Kommune verpflichtet, sich aktiver als bisher um die sozialen Einrichtungen und Dienste Bolognas (z. B. Einrichtungen für Kinder, Alte, Verkehrswesen) zu kümmern. Zur Finanzierung dieser Dienste wurde ein Fonds eingerichtet, in den alle Bologneser Betriebe 1 Prozent der Lohnsumme einzahlen müssen. Dies wurde als Ergebnis gewerkschaftlicher Kämpfe erreicht.

Wichtig ist in Bologna die Zusammenarbeit der Fabrikräte und Zonenräte, in denen Mitglieder aller drei Gewerkschaftsbünde vertreten sind, mit den Quartiersräten der Stadtteile. Die Quartiersräte sind die Interessenvertretungen der Bürger in den 18 Stadtteilen von Bologna.

Für die Arbeit der gewerkschaftlichen Zonenräte wurde uns folgendes Beispiel genannt: Es führten beispielsweise keinerlei öffentliche Verkehrsverbindungen zu zwei Industriegebieten Bolognas. Der gewerkschaftliche Zonenrat forderte die Ausweitung des Verkehrsnetzes zu den beiden Betrieben und die Benutzung der Verkehrsmit-

tel zum Nulltarif. In Zusammenarbeit mit den zuständigen Fabrik- und Quartiersräten gelang es, diese Forderung bei der Kommunalverwaltung durchzusetzen.

3. Rom

Besuch der CGIL-Zentrale in Rom - Diskussion mit Augustino Marionetti, stellvertretender Vorsitzender der CGIL

Der erste Teil des Gesprächs mit Marionetti bezieht sich auf die zwiespältige Lage, in die sich die italienischen Gewerkschaften durch die neueste politische Entwicklung versetzt sehen. Werden sie auch dann ihre *Autonomie* wahren können, wenn die Parteien ihres Vertrauens indirekt oder direkt Regierungsparteien geworden sind? Die Frage nach der Autonomie erhält zusätzliches Gewicht durch eine vertragliche Vereinbarung zwischen Gewerkschaftsföderation und Regierung, die gewisse Zugeständnisse im Bereich der „Scala mobile“ (gesetzlich garantierte Lohnleitklausel) vorsieht.

Zu den aktuellen Verhandlungen mit der Regierung bemerkt Marionetti u. a., daß die Gewerkschaften zwar verhandeln, gleichzeitig aber das Mittel des Streiks einsetzen. Im übrigen lehnen sie es ab, über das Lohnkostenniveau zu verhandeln. Verhandlungsgegenstand sind ausschließlich Maßnahmen zur Inflationseindämmung. In diesem Zusammenhang kann auch über Lohnstückkosten geredet werden. Doch geschieht dies gleichzeitig mit Verhandlungen über Investitionen, über den Kampf gegen Steuerhinterziehung, Kapitalflucht und Verschwendung öffentlicher Ausgaben.

Im zweiten Teil des Gesprächs wurde Kollege Marionetti nach dem Verständnis von *Mitbestimmung* gefragt. Unter Mitbestimmung verstehen die italienischen Gewerkschaften zunächst eine Kontrollmöglichkeit der Gewerkschaften über unternehmerische Investitionen mit dem Ziel der Vollbeschäftigung. Dabei verfolgen die italienischen Gewerkschaften zwei Strategien: Einmal wollen sie über Vereinbarungen mit der Regierung Investitionen in bestimmten

Sektoren, z. B. in der Landwirtschaft oder elektronischen Industrie, durchsetzen. Zum anderen streben sie über Verträge mit bestimmten Industriezweigen, so etwa mit dem Manteltarifvertrag 1976 für die Metallindustrie, ein Informationsrecht über Investitionen an. Auf diese Weise ist es möglich, mit den Unternehmern über Investitionen wenigstens zu diskutieren. Das Ergebnis der vertraglichen Vereinbarungen ist allerdings trotz heftiger Auseinandersetzungen und Kämpfe sehr mager.

Das hat drei Gründe:

1. Es gibt keine nationale Programmierung der Wirtschaftspolitik. Deshalb ist es so schwer, eine Garantie dafür zu erhalten, daß Vereinbarungen auch eingehalten werden. So schlossen die Gewerkschaften mit Fiat Verträge, die vorsahen, daß bei Fiat stärker als bisher Busse und Nahverkehrsmittel produziert werden. Diese Verträge wurden nicht eingehalten, weil die Regierung nicht für eine öffentliche Nachfrage nach Nahverkehrsmitteln gesorgt hat. Genau das aber muß die Regierung leisten: eine nationale Programmierung der Wirtschaftspolitik, eine Lenkung der öffentlichen Nachfrage, eine Förderung des sozialen Konsums.

2. Die Vereinbarungen haben nur punktuellen Charakter. Man verhandelt, schließt ab, und dann machen die Unternehmer doch, was sie wollen. Es stellt sich also die Frage nach einer dauernden gewerkschaftlichen Partizipation auf Unternehmensebene. Wie können die Gewerkschaften das Geschäftsgebaren der Firmen effektiv kontrollieren und Einfluß auf unternehmerische Entscheidungen nehmen, ohne dabei ihre Autonomie zu verlieren?

3. Die internationale Arbeitsteilung, die von den entwickelten kapitalistischen Industrieländern und multinationalen Konzernen kontrolliert wird, schreibt Italien eine bestimmte Produktpalette und ein bestimmtes technologisches Niveau vor. Beispielsweise haben sich die Investitionen zugunsten neuer Stahlwerke im italienischen Süden als weitgehend sinnlos erwiesen. Jedenfalls wurden

mit diesen Investitionen kaum neue Arbeitsplätze geschaffen. Demgegenüber haben gewerkschaftliche Untersuchungen ergeben, daß Investitionen im Bereich der Elektronik und des Fernmeldewesens sowohl zur Etablierung hochwertiger Technologien in Italien wie auch zu einem hohen Arbeitsplatzangebot führen würden.

Marionetti äußerte sich sodann direkt zur Frage nach Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung: In Ländern eines entwickelten und reicheren Kapitalismus mit einer beständigen Entwicklung ist so etwas wie „Mitbestimmung“ vielleicht möglich - meint er. Diese Voraussetzung sei in Italien aber nicht gegeben. So stelle sich die Frage, wie eine Partizipation der Arbeiter entwickelt werden könne, ohne sie in eine Mitverantwortung einzubinden. Denn die wolle seine Gewerkschaft verhindern. Sie würde die Möglichkeit nehmen, autonom Initiativen zu entfalten.

Auf den bildlichen Einwurf eines Studierenden der Sozialakademie, wie man denn im Regen stehen könne, ohne dabei naß zu werden, antwortete Marionetti: Es kommt darauf an, einen Regenschirm zu finden, der nicht so schwer ist, daß er uns erdrückt. Der Kampf wird von den italienischen Gewerkschaften keineswegs als Selbstzweck gesehen.

Eine Aufgabe der Kampfmöglichkeiten würde jedoch mit Sicherheit dazu führen, daß alle wirtschaftlichen Ressourcen von den Unternehmern spekulativ mißbraucht würden. Die Kampfkraft der Gewerkschaften dürfe auf keinen Fall zerstört werden. Im übrigen sei das Niveau des Klassenkampfes in Italien überaus entwickelt. In Italien stehe jeder auf einer der beiden Seiten. Sollte deshalb in Italien ein Mitbestimmungsmodell eingeführt werden, so würde man niemanden finden, der als „Neutraler“ oder „Schlichter“ fungieren könne.

Mit den deutschen Gewerkschaften ist Marionetti sich darin einig, daß ohne Wirtschaftsdemokratie keine politische Demokratie möglich ist. Auch sind die deutschen Erfahrungen mit der Mitbestimmung für die

italienischen Gewerkschaften durchaus von Bedeutung. Andererseits habe aber auch der DGB-Vorsitzende *Heinz Oskar Vetter* erklärt, daß die Mitbestimmung keine Exportware sei.

Besuch der Gewerkschaftsschule in Arricia bei Rom — Diskussion mit den Kollegen Bonnadonna und La Barbera, Lehrer an der Gewerkschaftsschule

Der Kollege La Barbera führte aus: Arricia und die *gewerkschaftliche Bildungsarbeit* im größeren Stil haben eine relativ kurze Geschichte. Bis zum Ende der 60er Jahre war gewerkschaftliche Bildungsarbeit in Italien quantitativ sehr begrenzt. Impulse zugunsten der Bildungsarbeit kamen einmal von außen: über Anregungen und Angebote aus der Studentenbewegung der 60er Jahre. Zum anderen aber, und vor allem von innen, durch die neuen Basisstrukturen der Gewerkschaften. Diese neuen Strukturen bedeuteten nicht nur eine organisatorische Veränderung der Gewerkschaften, sie setzten zugleich das Bedürfnis frei, die gesamte gewerkschaftliche Strategie von der Basis her neu zu durchdenken. Denn die italienische Arbeiterklasse verlangte nun nicht mehr nur nach Verbesserungen am Arbeitsplatz, sondern stellte das System der kapitalistischen Produktion selbst in Frage. Die gesamte Gewerkschaftsbewegung wurde von unten her neu in Besitz genommen. Bildungsarbeit entfaltete sich so als Moment der Basiskontrolle. Die gewerkschaftlichen Organisationsspitzen mußten sich einer Überprüfung ihrer Arbeit unterziehen. Es gab eine politische Auseinandersetzung in den Gewerkschaften und zwischen den Gewerkschaftsbünden. Am Ende aber stand die Veränderung der Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit. Die Rätestruktur in den Betrieben setzte sich durch und mit ihr eine entwickeltere gewerkschaftliche Bildungsarbeit.

Es gibt keine Kurse für *spezielle Zielgruppen*. Vom Fabrikrat bis zum Branchenvorstand nehmen alle an denselben Kursen teil. Das wird ganz bewußt so gehalten, um eine Hierarchisierung unter den Kollegen zu

vermeiden. Allerdings wird nach Branchen und Provinzen ausgewählt.

Die *Kosten* für Unterkunft und Essen tragen die entsendenden provinziellen Gewerkschaftsorganisationen. Was die Lohnfortzahlung betrifft, so müssen die Kollegen auf gewisse Rechte in den Betrieben pochen. Es gibt einen gesetzlich festgelegten Stundenberg für Freistellungen pro Betrieb.

Ziel der Kurse ist nicht die erschöpfende Behandlung der Themen, sondern die Befähigung zu einer kritischen Arbeitsmethode, die es den Kollegen ermöglicht, ihre Erfahrungen selbständig mit Theorie zu verbinden und Theorie in der Praxis anzuwenden. Größtes Problem ist, wie den Kollegen eine kontinuierliche Weiterarbeit ermöglicht werden kann. Der Kurs soll keine isolierte Erfahrung bleiben. Eine Stufung gewerkschaftlicher Kurse gibt es nicht, wohl aber eine Abstimmung zwischen der Bildungsarbeit in Arricia und der betriebsbezogenen Bildungsarbeit in den Provinzen.

Auf die Frage eines deutschen Kollegen aus der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, welche Vorstellungen er mit dem Begriff „Erfahrung“ verbinde, antwortete La Barbera: Der *Begriff Erfahrung* hat erstens eine kollektive Dimension. Der Gebrauch der kollektiven historischen Erfahrung der Arbeiterklasse muß verhindern, daß jede neue Arbeitergeneration immer wieder dieselben Fehler macht. Die kollektiven Erfahrungen müssen uns also vor einem falschen Spontaneismus bewahren. Zweitens hat „Erfahrung“ eine individuelle Komponente. Die bürgerliche Gesellschaft (Schule, Massenmedien etc.) hat einen großen Einfluß auf das Bewußtsein des Arbeiters. Deshalb muß jede individuelle Erfahrung sorgfältig analysiert werden. Denn viele dieser Erfahrungen sind uns von unseren Gegnern vorgegeben. Also ist es Aufgabe der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, Erfahrungen zwar aufzunehmen, sie dann aber mit Hilfe der Theorie zu verarbeiten.

Anneliese Hendel-Kramer/Peter Kühne